

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelgenpreise: Die 24 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark, für auswärts 0,35 Reichsmark, für das Ausland 0,50 Reichsmark. Die Restausgabe, 81 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark, für auswärts 2,00 Reichsmark. — Die Briefgebühr für Buchbestellungen beträgt 0,10 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. 20 Pf. Postfrei für Monat September 2,00 Reichsmark, für die 12 Monatshefte monatlich 1 R. 15 Pf. (Postgebühren in Inland nicht einbezogen) 0,50 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. 20 Pf. Postfrei 1,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandsstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 27 951, 27 952, 27 953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 205

Mittwoch, 2. September 1925

XXXIII. Jahrg.

Der neue Leipziger Hochverratsprozess

In Erwartung Bilottis

Kurzer Aufsatz der Londoner Besprechungen
Telegramm unseres Korrespondenten
w. London, 1. September

Die gestrige Konferenz der juristischen Delegierten auf dem Foreign Office irag lediglich vorbereitenden Charakter, da der italienische Delegierte Bilotti, dessen Einsetzung wir gestern ankündigten, noch nicht eingetroffen ist. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen erst heute unter Teilnahme Bilottis. Aber auch diese Verhandlungen sind ganz informeller Natur, die lediglich den bei der Ueberreichung der letzten französischen Note definierten Zweck verfolgen, die deutsche Regierung über die Ansichten der Alliierten zu informieren. Der deutsche Delegierte spielt dabei aber natürlich nicht nur die automatische Rolle eines Redner- oder Grammatik-Apparates; er wird vielmehr auch feinerliche Fragen stellen, juristische Auslegungen erörtern und vergleichen, aber er hat keinen Antrag, über die politische Seite der Vertragspunkte zu sprechen oder irgendwelche Wünsche oder Vorschläge der deutschen Regierung darüber anzubringen. Die Verhandlungen sollen daher zu feinerlicher Klärung und Uebereinkünften führen, sondern nur zu möglichst gegenseitiger Klärung über die juristische Seite der Vertragspunkte. Die deutsche Regierung kann dabei, ohne sich selbst irgendwelche zu binden, die Ansichten der Alliierten kennen lernen und danach ihre Stellungnahme für die demnächst einsetzende Konferenz der Außenminister formulieren. So hat sie a. B. bisher keine Klärung über die Ansicht der Alliierten bezüglich des Hauptpunktes der Sicherheitsfrage, den Rheinpakt, erhalten. Die letzte Note Briand's schweigt sich darüber aus. Die Klarheit zu schaffen, sind daher eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Delegierten sein. Da der ganze Sicherheitspakt, wenn er zustande kommt, ein sehr juristisches Instrument sein wird, sind die Erklärungen und Erörterungen der hervorragenden juristischen Sachverständigen von lebendiger Bedeutung auch für alle Staaten, besonders natürlich für Deutschland. Der Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den Delegierten vollzieht sich völlig freiwillig. Es werden keine Verhandlungsprotokolle geführt. Veröffentlichungen über diese rein informativartigen Unterhaltungen hält man im Interesse einer glatten Verlaufs der Konferenz nicht für angebracht. Größtes Interesse erregt in diesen diplomatischen Kreisen natürlich Italiens mit überwachender Tätigkeit angeschlossenem Beitritt zu den Verhandlungen. Daß die italienische Teilnahme der britischen Regierung, und wie man glaubt, vor allem auch der deutschen Regierung erwünscht ist, wurde bereits gestern erwähnt.

Die Anschlussfrage auch in London?

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 1. September

Der plötzliche Entschluß Italiens, einen juristischen Beobachter in die Sachverständigenkonferenz für den Sicherheitspakt nach London zu schicken, über den gestern bereits in dieser Stelle berichtet wurde, hat in den Pariser politischen Kreisen ziemlich Aufsehen erregt. Man erinnert daran, daß Mussolini zwar zunächst einige Monate lang lebhaftes Interesse für den Abschluss von Garantie- und Schiedsgerichtsverträgen mit Deutschland zeigte, dann aber erklärte, er werde nicht an den Verhandlungen teilnehmen. Die französische und die englische Regierung beschränkten sich damals darauf, diesen Entschluß entgegenzunehmen und ihr Bedauern auszusprechen, daß sich Italien nicht dazu entschließen könnte, direkt an dem Verzuge teilzunehmen, den Frieden in Europa zu beschleunigen. Die Ausschüß, zu einem Ziele zu kommen, waren damals sicherlich nicht besonders günstig. Heute aber, nach den Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand und nach dem Notenwechsel zwischen Frankreich und Deutschland, der zur Einberufung einer Sachverständigenkonferenz geführt hat, erscheint die Situation gebessert. Man glaubt daher in Paris die Entsendung eines italienischen Delegierten dahin deuten zu müssen, daß als Mussolini von den Londoner Verhandlungen mehr als bisher vertritt. Ferner wird darauf hingewiesen, daß Mussolini am 11. Juni durch Scelasio erklärte, daß Italien durchaus gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland sei. Daß behauptet man auch, daß der italienische Delegierte Bilotti den Auftrag habe, darüber zu wachen, daß in dem abzusprechenden Pakt ausdrücklich die Formel aufgenommen werde, wonach Deutschland formell auf den Anschluss verzichtet.

Der Beistand der linksstehenden „Ere Nouvelle“, Victor Bosh, stellt voraus, daß die Verhandlungen sehr lebhaft sein werden und daß sich die Alliierten, die endlich einmal aus dem Zustande der Unklarheit herauskommen möchten, sich mit viel Geduld wappnen müßten. Die Anknüpfung Deutschlands, die in dem Abkommen mit der Antimotone an Frankreich veröffentlichten deutschen Communiqués enthalten sind, ist, abgesehen von der Frage, ob sie Berücksichtigung be-

Ruth Fishers Glück und Ende

B. Berlin, 1. September. (Eig. Drahtbericht)

Die gestrige aufsehenerregende Nachricht, daß die Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale die Kontrolle der Deutschen Kommunistischen Partei abgelegt und den Austritt Ruth Fishers angeordnet habe, behält sich in vollem Umfang. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht heute ein Schreiben der Exekutive an die SPD, in dem die kommunistische Kritik an der Leitung und am der Taktik der SPD geübt wird. Der Brief nimmt drei volle Seiten der „Rote Fahne“ ein und läßt über die politischen Methoden der Gruppe Ruth Fischer-Moscow ein geradezu vernichtendes Urteil. Insbesondere wird die „alla parlamentarische Einstellung“ der Führer gerügt. Es wird ihnen ferner vorgehalten, daß sie versäumt hätten, in der Gewerkschaftsfrage energische Direktiven zu erlassen. Der Hauptgrund für das Verlangen der Führer in der Gewerkschaftsfrage sei der Mangel an Glauben an die politische Kraft und Aktivität der Massen, sowohl der eigenen Parteimitglieder als auch der gesamten Arbeiterklasse. Es sei nötig, das Schwergewicht der gesamten politischen organisierten Arbeiterpartei in die Betriebe zu verlegen, mit dem Ziele, die Massen der Arbeiter und den Betrieb zu erobern. Die Gruppe Ruth Fischer-Moscow habe weiterhin nicht verstanden, energisch gegen die „Ultrasinke“ zu kämpfen und unterließ sogar diese Tendenzen, indem sie eine ganz zweideutige Rolle in den internationalen Fragen spielte. Zum Schluss wird erklärt, nicht die deutsche Linke sei bankrott, sondern einige ihrer Führer.

Die Beschlüsse der Exekutive, die von größter Tragweite für die SPD sind, werden in einem Beilegeheft der „Rote Fahne“, die gestern noch Ruth Fischer als Führerin begeistert pries, in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Das amtliche Organ gelobt in aller Form, den politischen Kurs zu ändern: „Mögen unsere Gegner hoffen, mögen sogar einige Stimmen in unseren eigenen Reihen behaupten, die Partei vollziehe eine Schwendung nach rechts, zum Opportunismus“, die Feinde werden am eigenen Leibe das Gegenteil spüren, und alle christlichen Parteimitglieder werden sich in der Praxis vom Gegenteil überzeugen.“ Die Zentrale der SPD, nimmt gleichfalls in einer Resolution, die mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmabgabe angenommen wurde, zu dem Moskauer Dekret Stellung. Die Zentrale nimmt dem Offenen Briefe der Exekutive zu und erkennt die Wichtigkeit der von der Exekutive an der Spitze führenden Gruppe geübten Kritik an, obwohl sie noch in der vergangenen Woche der entgegengelegten Ansicht war. Sie vertritt ferner, die organisatorischen Beschlüsse der Moskauer Exekutive sofort durchzuführen und sie gegen jeden Widerstand zu verteidigen. „Jeder Anzweiflung“ sei es zum Schluss, „gegen die Kommunisten im allgemeinen und gegen die neuesten Beschlüsse im besonderen muß rücksichtslos bekämpft werden, von welcher Seite er auch kommen mag.“ In dieser Entschließung drückt sich die vollkommene und restlose Unterwerfung der deutschen kommunistischen Partei unter das Diktat von Moskau aus. Moskau belächelt — und die Führer von gestern sind die „Verräter“ von heute. Wer kommt nun an die Reihe?

Von Coudenhove zu Göhre

Von Richard Bahr

Ich erinnere mich noch ganz deutlich des ersten Zusammentreffens mit Paul Göhre. Es war im Wintersemester 1900 in dem alten Hause hinter der Berliner Universität, in dem Adolf Wagner, Gustav Schmoller und der große Weidner Staatswissenschaftliche Seminar hielten. Ich mochte es kaum noch nicht auf der Höhe seiner Leistung und seines Ansehens. Noch hatten auch die von ihm geleiteten Vorlesungen nicht den internationalen Charakter wie um die Jahrhundertwende und später, da die Zusammenfassung seiner Lebensarbeit in den beiden Bänden des „Grundrisses“ seinen Ruhm bis zu den Unsterblichen getragen.

In der Hauptsache rezentrierten sich die Mitglieder des Schmoller'schen Seminars aus deutschen Studenten, jungen Nationalökonomien, Historikern, Juristen, wohl auch katholischen Theologen, die Stoff und Anleitung für eine staatswissenschaftliche Doktorarbeit suchten. Die Thematika wurden zu Beginn des Semesters verteilt: über das Mittelalter, die mittelalterliche Stadtwirtschaft, die römische Rechtslehre, die Entstehung der Gewerbeordnungsgerichtsbarkeit, das Werden der einigungsamtlichen Institutionen und dergleichen mehr. Probleme aus dem Grenzgebiet zwischen Sozialgeschichte und Sozialpolitik, dem, neben der preussischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, von Anfang an Schmoller's Einzelstudium im wesentlichen gehalten und für das er auch das Interesse seiner Schüler immer wieder zu wecken bemüht war.

In diese Gesellschaft mehr oder minder promotorisch-jüngliche (auch das Frauenstudium war, für Berlin wenigstens, damals noch nicht erfunden) hatte sich nun einer gemischt, der im Studentenjargon schon fertig war. Man erzählte sich: Ein junger evangelischer Prediger, blondhäutig, blaunäsig, im langen schwarzen Gehrock mit dem geistlichen Stand abweisend. Und immer freundlich hinter seinen Brillengläsern hervorleuchtend. Einem Mittwochabend aber las auch er uns etwas vor. Nicht, wie wir anderen, einen ersten Entwurf, eine noch hart der Durcharbeitung bedürftige, aus der vorhandenen Literatur abgegebene Abhandlung, aus der unter Umständen eine Promotionsarbeit erwachsen könnte. Vielmehr das, wie uns scheinen wollte, glänzend geschriebene Kapitel aus einem bereits druckreifen und im Druck befindlichen Buch. Den „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerkerherrschaft“. Wir waren gerührt, ergriffen, manche schloß sich enthusiastisch an. Auch Gustav Schmoller war es. Der erzählte uns, wie, was der Herr Kandidat Göhre hier in Tat und Wort unternommen hätte, die erste deutsche Nachabmung eines vorzüglichen englischen Werkes sei. Und zwar eine ausgezeichnete gelungene Nachabmung. Er konnte nur wünschen, daß viele von uns den nämlichen Weg gingen. „Vivat sequentes!“

Darüber sind nun 25 — wirklich volle 25 — Jahre verstrichen. Viele, die wir damals besonnen (sagen, doch längt der grüne Haufen oder hat das läuternde Feuer in Rome zerbrannt. Auch Paul Göhre hat den hohen Aufstieg nicht genommen, den wir — alle schon ein wenig von dem offiziellen freilich erst später entdeckten Nationalsozialismus überhaucht — ihm vorauszuweisen hatten. Er ist Generalsekretär des evangelisch-sozialen Kongresses geworden, dann, nach einem kurzen Uebergangsstadium im Finanzamt, Sozialist und sozialdemokratischer Abgeordneter. Später, nach dem Umsturz, als Abgeordneter im Unterhaus, nach dem zur Auflösung bestimmten preussischen Abgeordnetenhaus, und zuletzt, da ihm doch ein Pfalter auf die Hand gedrückt werden sollte, Staatssekretär im preussischen Staatsministerium. Zu einem Mandat hatte es nämlich nicht mehr gereicht. Die Massen, zumal die sozialdemokratischen, sind undenkbar. Fast so undenkbar, wie Kinder es zu sein pflegen. Göhre gehörte nun einmal, wie Eddemum, wie August Müller, auch wie Hoffe, zu den des Nationalismus dringend Verdächtigen. Schließlich hat er dann das Rennen aufgegeben, und unter den Ausläufern der Inflation im Rauenburgischen einen Bauernhof erstanden und dorthin sich zurückgezogen. „Es ist das einzige, was unfernein noch bleibt“, hatte er kurz vor seinem Scheiden aus Berlin gemeint.

Das literarische Schaffen Göhres aber, das so merkwürdig begann, ist, auf die langen Zeiträume verteilt, spärlich geblieben, der härmliche Genationserfolg des Erstlingswerkes vollends fehlend (seiner vier oder fünf späteren Bücher beschreiben gewesen. Nun schied er aus irdischer Stille, aus Communion und Juridikation, einen neuen Band heraus: „Deutschlands weltpolitische Zukunft.“ Der Titel macht den Inhalt nicht ohne weiteres deutlich. Es ist, ähnlich wie bei Coudenhove, ein Appell an die Völker oder die Staaten Europas, sich zu vereinigen. Aber doch in einem andern Sinne wie bei dem

„Erwekung des alten Zentrumsgelottes“

Das Ziel Dr. Wirths

B. Berlin, 1. September. (Eig. Drahtbericht)

Dr. Wirth ist gestern von einem Vertreter der „Berliner“ über die Gründe seines Vorgehens und seine weiteren Absichten befragt worden. Dr. Wirth erklärte, daß seinem Handeln reichliche Ueberlegung vorausgegangen sei und daß im Sinne seines Planes kein Austritt aus der Fraktion mehr sei, als eine „leere Demonstration, die bald wirkungslos verpuffen würde“. Dr. Wirth betonte, sein Vorgehen sei nicht der Ausdruck milder Resignation, er habe den festen Willen, im Zentrum eine Bewegung hervorzuheben, die getragen sei vom alten echten Zentrumsideal und die sich orientiere an den Normen der deutschen Demokratie. Dr. Wirth teilte sodann mit, daß er in die Hände der für ihn zuständigen Parteivorstandung in Baden eine schriftliche Erklärung seines Schrittes gelegt habe. Im Verlaufe seiner Aktion werde er auch an dem Parteitag der badischen Zentrumspartei teilnehmen und auf Grund der von ihm eingereichten Denkschrift öffentlich darlegen, was zu geschehen habe, um der von ihm eingeschlagenen Bewegung Nachdruck zu geben. Wiederholt betonte er, daß er nicht das Zentrum sprengen wolle, sondern daß sein Ziel vielmehr die Belebung der Partei, im Geiste der alten Zentrumspolitik und der rührseligen Vergangenheit der Partei“ sei. Dr. Wirth beabsichtigt, sich vor Kurzem seiner Amtskollegen, die in der nächsten Woche eintreffen soll, noch einmal an seine Anhänger zu wenden. Wahrscheinlich wird er Ende Oktober aus Amerika zurückkehren.

Rabiettskrise in Frankreich?

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 1. September

In politischen Kreisen hält sich hartnäckig das Gerücht von einer Rabiettskrise, die beim Wiederzusammentritt des Parlamentes zum Ausdruck kommen wird. Es wird in der Tat auf Vorhandensein nach zu äußerst heftigen Debatten kommen, da Painlevé auf einige unangenehme Interpretationen zu antworten haben wird. Ebenso wird auch vor allem Gallaux schwere Angriffe abzuwehren haben, die sowohl in Geschäftsreisen als auch von politischen Gegnern gegen ihn geplant werden. Wegen des gesamten Rabietts wird von den Nationalisten seit der Verwerfung der Verträge, es scheine noch immer mit den Sozialisten in enger Verbindung. Man gibt in diesen Kreisen Painlevé unter der Hand den Rat, die Demission des Gesamtkabinetts herbeizuführen und sofort eine neue Regierung mit einigen neuen Mitgliedern aus dem Parlamentsgremium zu bilden.

Der Zustand der Druzen

× Paris, 1. September. Der Sonderkorrespondent des „Temps“ teilt mit, daß die Druzen während der letzten zwei Wochen auf Damaskus unabhängig Vorgehen unternommen haben. Sie haben Der Ali und El Kema angegriffen, die von den französischen Garnisonen geräumt werden mußten. Die Franzosen haben Der Ali eine Geldbuße auferlegt, weil es den Druzen keinen Widerstand geleistet hat.

Beginn der Voruntersuchung gegen Schnapp

B. Berlin, 1. September. (Eig. Drahtbericht)

Wegen der Kaufmann Rudolf Schnapp, der am Verfassungstag einen tödlichen Schuß auf das Mitglied des Frontbanners Werner Tülle abgegeben hat, ist jetzt die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden.

Vergleich mit den Hohenzollern

B. Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht)

Wie der „Köln. Ztg.“ berichtet wird, ist in der Verfassungsausschussberatung der preussischen Staatsrat mit den Hohenzollern in den letzten Tagen von dem preussischen Finanzministerium ein Vergleich abgeschlossen worden, der dem Landtag bald nach dem Wiederzusammentritt zur Genehmigung vorgelegt werden dürfte.

Neue Geldsendung für England

Telegramm unseres Korrespondenten
w. London, 1. September. Die Finanzbehörden in Coudenhove haben die Nachricht erhalten, daß morgen ein neuer Flugzeug mit einer Ladung von 10 Millionen Pfund Sterling in deutschen Obligationen von Berlin ankommen werde. Diese zweite Geldsendung nach Berlin wird die Hoffnungen Deutschlands auf Grund des Dawes-Planes an die Bank von England verwickeln.

Die deutschen Soldatengräber in Frankreich

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 1. September. Eine Delegation von vier deutschen Offizieren hat dieser Tage auf Grund des Versailler Vertrages die deutschen Soldatengräber von St. Veran besucht. Die Delegation soll sich anerkennend darüber ausgesprochen haben, daß die deutschen Gräber in Frankreich mit derselben Sorgfalt behandelt werden wie die französischen Gräber.